

Horst Herbein  
KV-Ostallgäu

**Bundesdelegiertenkonferenz  
am 24./25. Oktober 2009  
in Rostock**

Als Delegierter des KV Ostallgäu habe ich an der BDK in Rostock an einer für Grünenverhältnisse eher harmonischen Veranstaltung teilgenommen. Zufälligerweise fand die letzte BDK, die ich - als Gast – besucht hatte, genau vor acht Jahren ebenfalls in Rostock statt, und auch damals wurde das Thema „ Bundeswehreininsatz in Afghanistan“ kontrovers diskutiert.

**Auswertung der Bundestagswahl und Grüne in der Opposition**

Mit 10,7 % haben die Grünen das beste Wahlergebnis ihrer Bundestagsgeschichte eingefahren, sind aber leider nur fünftstärkste Kraft geworden. Wählerstimmen konnten in erster Linie nur von der SPD gewonnen werden, leider nicht aus dem bürgerlichen Lager, so dass Schwarz/Gelb eine Mehrheit finden konnten. Bei Wählerumfragen wurden die Grünen mit Abstand als die glaubwürdigste Partei bezeichnet; anscheinend fehlt aber das letzte Quäntchen Mut, um bei der Wahl dann Grün zu wählen.

Unser grünes Führungspersonal meint, mit dem Begriff „Green New Deal“ - als Schlagwort für die Vision einer grünen Marktwirtschaft die Antwort auf die Wirtschaftskrise und die Verbindung von Ökologie und Ökonomie - dieses gute Wahlergebnis erzielt zu haben. Diese Meinung teile ich bei weitem nicht. Die meisten Grünwähler (ohne grüner Funktion), mit denen ich gesprochen habe, hatten von Green New Deal keine Ahnung. Im Gegenteil: Eine Programmüberschrift wie „Der grüne neue Weg“ oder „Neue grüne Visionen“ wären besser angekommen. Man schießt leider auch im grünen Wahlkampf zu sehr nach Amerika mit Internet und Medienpräsenz. Wichtig ist eine ehrliche, sachlich und einheitlich auftretende Parteispitze ohne selbstzerstörerische Aussagen zwei Wochen vor der Wahl (wie z. B. „fünf DM für den Liter Benzin“ oder die Kruzifix-Diskussion). Dieses einheitliche Bild ist zu dieser Wahl nahezu gelungen, und das stellt nicht nur für mich auch den Wahlerfolg dar.

Des weitern wurde kritisiert, dass heikle Themen (wie z. B. „Afghanistan“) im Wahlkampf ausgegliedert wurden. Kritisch gesehen wurden ebenfalls die Festlegung auf bestimmte Parteien oder der Ausschluss von Koalitionsmöglichkeiten im Wahlkampf. Der Lagerwahlkampf wurde als Nachteil erkannt. Es sollte mehr auf eine grüne Eigenständigkeit geachtet werden. Ferner sollte - egal ob Kommune , Land oder Bund - die Eigenständigkeit von Koalitionsverhandlungen den jeweiligen Gremien überlassen werden. Es kommt darauf an, mit wem grüne Politik am besten umgesetzt kann und - wenn dies nicht möglich wird - eine konstruktive Oppositionsarbeit geleistet werden kann.

Als **Themen der Oppositionsarbeit** wurden unter anderem benannt:

- Einsatz für Bildung und Erziehung
- Scherenschlag zwischen Arm und Reich bremsen
- Zunehmende Zweiklassenmedizin stoppen
- Studiengebühren abschaffen
- Atomausstieg beibehalten
- Arbeitsplätze in Umwelt- und Dienstleistungsbereich ausbauen und sichern
- Zurückführung zur Friedenspolitik in Afghanistan

Als nächstes Ziel steht an, die Regierungsbeteiligung in den Ländern zu erhöhen, um ein ökologisches Gegengewicht im Bundesrat darzustellen.

Einen hervorragenden Beitrag leistete der Gastredner Dr. Jürgen Hageförster, Geschäftsführer der Handwerkskammer Hamburg. Er berichtete über das „**Bildungskonzept Hamburg**“, in dem nach einer sechsjährigen Gesamtschule und einer sechsjährigen Gymnasial- oder siebenjähriger Stadtteilschule ein Großteil der Schüler zum Abitur geführt werden kann. Desweiteren berichtete er, dass 70 % der Arbeitnehmer in Kleinbetrieben arbeiten. (Wo sind eigentlich unsere Vertreter für Arbeitnehmer, Handwerker und Kleinbetriebe? Sie fehlen im Bundestag und auch in unserer eigenen Bundestagsfraktion). Herr Hageförster stellte ebenfalls die Frage in den Raum, welcher Handwerker bei einer Wertschöpfung von 2 % auf das Eigenkapital noch in seinen Betrieb investieren will. Bei Anlage und Spekulation mit dem Eigenkapital kann eine erheblich bessere Wertschöpfung erwirtschaftet werden. Auch die Abgaben und Besteuerung auf den Lohn der Arbeitnehmer müsste umgruppiert werden auf eine Besteuerung des Produktes. Dies ist für lohnintensive Gewerke dringend nötig. Eine Umstellung des Wirtschaftsystems duldet keinen weiteren Aufschub. (Meine Worte seit mindestens sieben Jahren).

Sehr optimistisch stimmte mich das Auftreten der **Grünen Jugend**. Nicht nur, dass meiner Schätzung nach mindestens 30 % der Delegierten unter 30 Jahren waren, auch die Behandlung der Themen, das sichere Auftreten und die sehr guten Redebeiträge lassen mich in Punkto Grüner Politik in der Zukunft sehr zuversichtlich sein.

Zum Thema **Klimapolitik** sprach Rebecca Harms über die Wichtigkeit der Verhandlungen in Kopenhagen und die Zughaftigkeit der Industrieländer, für Nachhaltigkeit einzutreten. Bärbel Höhn stellte erneut die Dringlichkeit des Handelns in den Vordergrund und verwies auf die Zerstörung der Regenwälder, das Abschmelzen der Pole, das Auftauen der Dauerfrostgebiete mit all den Umweltschäden, die daraus entstehen. Gastredner Prof. Dirk Messner verwies auf die Notwendigkeit der Einteilung der Treibhausgase auf die Weltbevölkerung, um eine Klimagerechtigkeit herzustellen. Überschüsse könnten per Lizenz verkauft werden. So hätten Entwicklungsländer Einnahmemöglichkeiten. Um eine Erderwärmung bei 2 ° C zu stoppen, müsste bis 2050 eine CO<sub>2</sub>- Reduzierung um 90 % stattfinden. Diese Erkenntnis bedeutet: Weg von der fossilen Energie.

Zum Thema **Afghanistan**, vor acht Jahren ein Hauptthema und wichtiger Streitpunkt, wurden bei dieser BDK zwei Antragsvorschläge eingebracht. Zum einen eine sofortige Rückzugsplanung und ein Abzug aller deutschen Soldaten bis Ende 2010. Zum anderen der Antrag des Bundesvorstandes für eine geregelte Rückzugsplanung - wenn möglich bis 2013 - mit einer Gewährleistung für die Aufbauprojekte und den Schutz der Zivilbevölkerung. Der Antrag des Bundesvorstandes wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Zur **Atompolitik** wurde betont, dass es keinen Ausstieg aus dem Atomausstieg geben darf. Über Bundesländer und Verbände muss Einfluss genommen werden, um den atomaren Rückschritt zu verhindern. Auch Themen wie Endlichkeit der Uranvorkommen, Kraftwerkssicherheit, Endlager und zivile Nutzung durch Länder wie z. B. der Türkei, Kasachstan, Libyen, Tunesien, Nigeria, Ghana oder Chile wurden besprochen. Als Hauptaussage bleibt bestehen: „Erneuerbare Energie statt Atomenergie“.

Gez. Horst Herbein